

Wirtschaft



Nestlé will Wasser von der Quelle abzapfen, bevor es in den Colorado River fliesst. Foto: Alamy

Urdemokratisches Nein zu Nestlé-Wasser

Immer mehr Bürger in den USA wollen dem Konzern den Wasserhahn zudrehen. In Oregon treibt ein Projekt für eine kommerzielle Abfüllanlage deshalb einen tiefen Keil in die Bevölkerung.

Walter Niederberger
Cascade Locks

Wasser ist für Nestlé in den USA ein grosses Geschäft. Der Schweizer Konzern hat sich vor Coca-Cola und Pepsi als klarer Marktführer für Trinkwasser etabliert und will diese Position ausbauen. Doch Nestlé ist nicht überall willkommen. In einer der niederschlagreichsten Regionen des Landes, am Columbia River in Oregon, haben die Bürger nun einen demokratischen Präzedenzfall geschaffen. Sie sagten Nein zur Nutzung einer Frischwasserquelle. Damit wird Nestlé gezwungen, abgefülltes Wasser in Flaschen per Lastwagen aus dem von der Trockenheit bedrohten Kalifornien anzuliefern.

Das Verbot geht weiter als alle bisherigen Oppositionsbewegungen und Entschiede in den USA gegen den Konzern. In einer Urabstimmung im Mai lehnte eine klare Mehrheit von 58 Prozent der Bürger im Hood River County eine Abfüllanlage in Cascade Locks ab und überstimmte damit die Bewohner der direkt betroffenen Kleinstadt. Obwohl widersprüchlich und in seinen praktischen Auswirkungen verwirrend, ist der Entscheid demokratisch zustande gekommen. Zwar könnte er vor Gericht angefochten werden, doch das Risiko einer weiteren und vernichtenden Niederlage ist gering.

Der Schweizer Konzern hält sich deshalb mit weiteren Schritten zurück. «Wir sind enttäuscht. Aber wir akzeptieren den demokratischen Entscheid voll und ganz», sagt Dave Palais, Regionalchef von Nestlé Waters North America. Ganz ans Aufgeben denkt er aber nicht. Er hält trotz dem Nein ein kleines Informationslokal in Cascade Locks einmal im Monat für eine Woche offen. «Wir wollen gute Nachbarn sein und bleiben. Wasser kann eine emotionale Sache sein, deshalb pflegen wir den offenen Dialog mit den Bürgern.» Nestlé glaubt, dass der Abstimmungszettel verwirrend war und deshalb viele Bürger im falschen Glauben, sie stimmten für das Projekt, ein Ja zur Referendumsfrage einlegten.

Schlechtes Image

Allerdings kämpft der Schweizer Multi mit tiefer sitzenden Vorurteilen und der Grundsatzfrage nach dem Stellenwert von Wasser als öffentlichem Gut. «Nestlé ist eine ungeheuerliche Firma», meint Julia DeGraw von der Umweltschutzorganisation Food and Water Watch, deren Anfänge auf den Konsum-

mentenschützer Ralph Nader zurückgehen. Sie vergleicht den Konzern mit einem Jäger. «Nestlé hat es in den USA auf verarmte, wirtschaftlich schwache Orte wie Cascade Locks abgesehen. Diesen werden Arbeitsstellen und Steuereinnahmen versprochen, um an ihr kostbares Trinkwasser heranzukommen. In Tat und Wahrheit aber ist Nestlé eine Bedrohung für unsere Wasservorkommen.» Food and Water Watch bekämpft deshalb ähnliche Wasserprojekte im ganzen Land mit dem Ziel, Wasser als öffentliches Gut zu behandeln und es kommerzieller Nutzung durch Multis wie Nestlé zu entziehen.

«Nestlé hat es auf verarmte Orte abgesehen und verspricht ihnen Arbeitsstellen und Steuereinnahmen.»

Julia DeGraw, Food and Water Watch

In Cascade Locks könnte der Konzern das Wasser zum gleich tiefen Preis wie die Bürger kaufen, also fast kostenlos, und mit einem «immensen Gewinn» verkaufen, bestätigt Stadtverwalter Gordon Zimmerman. Doch räumt er ein, vom Abstimmungsergebnis nicht überrascht worden zu sein. «Viele Leute sehen Nestlé in einem schlechten Licht. Mit den neuen Formen von Social Media ist es den Gegnern gelungen, sogar wieder den Boykott gegen das Milchpulver von 1977 zum Thema zu machen und damit gegen Nestlé Stimmung zu machen.»

Mit offenen Armen empfangen

Julia DeGraw bestätigt, dass die Kampagne gegen eine ausländischen Konzern leichter zu führen ist als gegen ein US-

Unternehmen. «Nestlé spaltet die Bürger mehr, als Pepsi und Coca-Cola dies tun». Der Schweizer Konzern sei einer der «ausfälligsten Unternehmen der Welt». Dem widerspricht Nestlé heftig. «Wir nehmen das Anliegen der nachhaltigen Wassernutzung sehr ernst», sagt Konzernsprecher Chris Rieck. «Wir haben eine jahrzehntelange Erfahrung im Wassergeschäft und immer Hand zu konstruktiven Lösungen geboten.»

2008 wurde Nestlé denn auch noch mit offenen Armen empfangen. Die Stadtbehörden sahen das Projekt als einmalige Chance, Arbeitsstellen zu schaffen und die Steuereinnahmen zu erhöhen. «Wir sind nicht reich», sagt Gordon Zimmerman. «Wir haben dreimal mehr Arbeitslose als das übrige Oregon. Wir brauchen einen guten, verlässlichen Arbeitgeber wie Nestlé.» Er legte eine Dokumentation mit vielen Statistiken und Prognosen auf 50 Jahre hinaus vor. Das Projekt sieht vor, 118 Millionen Gallonen an Quellwasser anzuzapfen, das derzeit für eine Fischzuchtanstalt genutzt wird, bevor es in den Columbia River fliesst. Dies entspricht rund zehn Prozent des städtischen Wasserhaushalts oder der Wassermenge, die der Fluss in einer Minute mit sich führt. Also vernachlässigbar wenig. Die Abfüllanlage soll 50 Stellen schaffen, und dies zu Jahresgehältern von etwa 40 000 Dollar – ein Einkommen, das knapp ausreicht für eine Familie. Dieser Vergleich von Wassermengen, Arbeitsstellen und Löhnen ist aufschlussreich, findet Zimmerman. Google betreibt weiter flussaufwärts eines der grössten Datenzentren in den USA und beschäftigt 200 Angestellte. Für die Kühlung der Datenserver aber entnimmt Google dem Fluss 1,5 Milliarden Gallonen Wasser; fast dreizehnmal mehr als Nestlé.

Wasser für Kalifornien

Solche Details spielen für die Gegner keine gewichtige Rolle. Für sie geht es nicht um die Menge des Wassers, sondern um eine Grundsatzfrage. «Wasser darf kein Privateigentum sein. Wasser ist ein öffentliches Gut», erläutert Aurora del Val, eine Wortführerin der lokalen Opposition. «Dies hier ist ein Präzedenzfall auch für unsere Demokratie.» Das Projekt habe den Bürgern klargemacht, dass sie sich gegen starke Wirtschaftsinteressen wehren können. «Es war sehr ermutigend zu sehen, wie viele Leute aktiv geworden sind, die zuvor immer geschwiegen haben.»

Dabei verweist sie auf ein Argument, das im Wahlkampf stark gezogen habe.

Die Opponenten vermuten, dass Nestlé die reichen Wasserserven der Region auf lange Frist sichern will, um sich gegen die drohende Wasserknappheit in Kalifornien zu wappnen. Zurzeit transportiert der Konzern noch Wasser aus einer Abfüllanlage in Sacramento über 1000 Kilometer in die Region. In Zukunft aber, so der Verdacht, wird es umgekehrt sein. Oregon liefert Wasser ins trockene Kalifornien; ein Verdacht, den ein Unternehmenssprecher als «spekulativ» zurückweist.

Wie es weitergeht, ist ungewiss. Sicher ist aber, dass Nestlé mit wachsenden Widerständen in den USA konfrontiert ist. Anfang Juni zog der Konzern in Pennsylvania ein Projekt für eine Abfüllanlage angesichts des Widerstands der Bevölkerung zurück. Im März leitete der US Forest Service eine Überprüfung der Anlage in San Bernardino in Südkalifornien ein, nachdem Aktivisten protestiert hatten. Auch in Montana, Maine und Michigan sind Wassernutzungsvorhaben bedroht.

Stadt will im Gespräch bleiben

Noch ist Nestlé nicht geschlagen. Noch kann die Abstimmung vor Gericht angefochten werden, und noch verhandeln die Stadtbehörden um einen Wasseraustausch mit dem Staat Oregon, ohne den das Vorhaben nicht bewilligt werden könnte.

Doch schliesslich wiegt die politische Frage schwer. Nestlé hat die Bevölkerung gespalten, hat die Bürger der Kleinstadt gegen die Bürger des umliegenden Bezirks aufgebracht. Dies hat einen historischen Konflikt geschaffen: Haben die Bürger des Hood River County mehr zu sagen als die Bürger von Cascade Locks, die direkt betroffen sind und von den Arbeitsstellen und Steuereinnahmen profitieren würden? Die Meinungen gehen weit auseinander. «Viele andere Orte im ganze Land beobachten uns», sagt Aurora del Val. «Wir werden nicht nachgeben. Hier setzen wir den Marktstein, wie Wasser in den USA genutzt werden kann.»

Hart bleiben, lautet dagegen auch die Devise der Stadt. «Das Abstimmungsresultat ist nicht rechtens», erklärt Gemeindeverwalter Gordon Zimmerman. Er blickt aus dem Fenster und zeigt auf den Columbia River, den mächtigsten Strom im amerikanischen Westen. «Die Gegner sind kurzsichtig. Wir haben mehr als genug Wasser. Unser Wasser wird immer mehr gesucht sein. Deshalb bleiben wir mit Nestlé im Gespräch.»

Sender fordern mehr Geld für Replay-TV

Immer mehr Fernsehzuschauer überspringen die Werbung. Dadurch sinken die Werbeeinnahmen der Sender. Nun sollen Swisscom, UPC und andere mehr bezahlen.

Jorgos Brouzos

Später nach Hause zu kommen und deshalb den Anfang der Lieblingssendung zu verpassen, ist schon lange kein Problem mehr. Viele TV-Junkies schalten das Gerät sogar absichtlich etwas später ein. Denn so können sie die lästige Werbung überspringen. Laut der Interessengemeinschaft Radio und Fernsehen (IRF) schauen sich 20 Prozent der 15- bis 59-jährigen Zuschauer die Sendungen zeitversetzt an. Noch vor drei Jahren lag der Wert bei 8 Prozent. Die Fernsehzuschauer schauen sich die Sendungen nicht nur dann an, wenn sie wollen, sondern sie überspringen dabei meist auch die Werbung. Dadurch entgehen den TV-Sendern Millioneinnahmen. Diese wollen sie nun von TV-Anbietern wie UPC oder Swisscom ersetzt haben.

Allein im letzten Jahr seien die Einnahmen um 67 Millionen Franken tiefer gewesen, schreibt die IRF. Und nächstes Jahr wird die Lücke sogar auf 127 Millionen Franken geschätzt. Gleichzeitig würden die Sender von den grossen TV-Anbietern wie UPC und Swisscom nur mit 5,4 Millionen Franken für die Möglichkeit des zeitversetzten Fernsehens entschädigt. Die Sender fordern daher von den TV-Verbreitern, dass sie diese Art des Fernsehkonsums einschränken, also das Vor- und Zurückspulen unattraktiver gestalten – und ihnen mehr Geld für ihren Werbeaufschlag bezahlen.

Zu IRF gehören die deutschen Privatsender RTL, Pro 7 und Sat 1, die SRG mit samt allen SRF-Programmen sowie zahlreiche kleinere Schweizer Sender. Andrea Werder, stellvertretende Geschäftsführerin des Vereins IRF, erklärt: «Für die werbefinanzierten Fernsehsender fallen wichtige Einnahmen weg, die sie für die Herstellung der Programme brauchen. Längerfristig können so die werbefinanzierten Free-TV-Sender nicht überleben.»

Die Sender handeln die Abgeltung mit den TV-Verbreitern wie Swisscom oder UPC nicht selbst aus. Sie werden bei diesen Gesprächen von Verwertungsgesellschaften vertreten. Die ausgehandelten Tarife werden danach von der Eidgenössischen Schiedskommission genehmigt. Bis Ende 2016 gilt ein Tarif von 1.50 Franken pro Monat und TV-Kunde, der sich TV-Programme zeitversetzt ansehen kann. Für das kommende Jahr soll die Entschädigung um 10 Rappen steigen. Damit geben sich die Verwertungsgesellschaften zufrieden, den TV-Stationen ist es aber zu wenig. Sie gelangen daher gemeinsam zur Schiedskommission. Wie viel mehr sie wollen, ist nicht bekannt. Die öffentliche Kritik der IRF gilt aber wohl nicht nur dem Tarif, sondern auch der Art und Weise, wie er festgelegt wird.

Wichtiges Standbein für UPC

Die TV-Anbieter sind vom Vorgehen der Sender nicht überrascht. «Die Forderungen sind uns bekannt und wurden in den letzten rund zwölf Monaten bereits an verschiedenen Sitzungen mit den Nutzern und Konsumentenverbänden besprochen», so ein UPC-Sprecher. Swisscom lehnt die Forderungen von IRF grundsätzlich ab. Der Ball liege nun bei der Schiedskommission, so die beiden Anbieter. Sowohl für Swisscom als auch für UPC ist das zeitversetzte Fernsehen ein wichtiges Standbein. Ein grosser Teil der Abonnenten kann Sendungen zeitversetzt ansehen. Hinzu kommen viele weitere Anbieter wie Sunrise oder Online-TV-Plattformen wie Teleboy, Wilmaa oder Zattoo.



Populär: Zeitversetztes Fernsehen. Foto: zvg



TA-Grafik mrue